

wirtschaftliche, der menschlichen Ernährung dienende Erzeugnisse vorschreibt. Ganz allgemein genommen ersieht man aus dieser Nachricht, die wir der Tagespresse entnehmen, daß die englische Regierung für die kommenden Jahre unter dem Druck des Lebensmittelmangels und unseres Unterseekrieges die Erzeugung im eigenen Lande steigern möchte, indem sie Preise zusichert, die einen bestimmten, hohen Reinerlös bedingen. Dies trifft auch zu; aber in dieser Nachricht und den Maßnahmen der englischen Regierung liegt noch ein Umstand, der die Gartenbauverhältnisse Deutschlands nach dem Kriege in hohem Maße berührt.

Der wirtschaftliche Kampf Englands zwischen Schutzzoll und Freihandel ist allgemein bekannt. Wenn auch nicht so scharf im Gegensatz, so wird dieser Krieg doch auch in allen anderen Wirtschaftsstaaten von jeher scharf geführt, und auch Deutschland kennt den Zwiespalt der Meinungen in bezug auf diese Handelspolitik. Allgemein geht das Bestreben der Staaten um so mehr nach Freihandel, je mehr Industrie, Handel und die daran interessierte Arbeiterschaft überwiegen. Und da auch Deutschland sich mehr und mehr zu einem Industrie- und Handelsstaat entwickelt hat, drängt die Mehrzahl der Wirtschaftskräfte nach dem Freihandelssystem. Allein der Gartenbau und die Landwirtschaft haben ein vorwiegendes Interesse für Schutzzölle, weil in dem gleichen Maße wie bei uns Löhne, Bodenwerte, soziale Lasten sich erhöhen, die Erzeugungsverhältnisse nach Maßgabe des Klimas ungünstiger werden, die Erzeugungskosten selbst sich verteuern bis nahe an die Grenze der Wettbewerbsfähigkeit und darüber hinaus.

Für die deutschen Gärtner ist aus den soeben angeführten Gründen die Entwicklung und Förderung alles dessen, was mit dem Schutzzoll und der Erschwerung einer Einfuhr gärtnerischer Auslandserzeugnisse zusammenhängt, eine Lebensfrage. Daß dieser Kampf kein leichter ist, wissen wir aus Erfahrung. Der Krieg hat nun endlich auch die wahre Bedeutung des Gemüse- und Obstbaues für die Volksernährung dargetan. Wie bei uns, ja, in England sogar fast noch mehr, so haben auch unsere Feinde erkennen müssen, daß in so ernsten Zeiten, wie wir jetzt durchleben, nur derjenige Staat festgefügt dasteht, der sich selbst zu ernähren vermag. Diese Erkenntnis aber muß sich folgerichtig weiter entwickeln, also eine Abwendung vom Freihandelssystem und eine Zuwendung zur Schutzzollpolitik nach sich ziehen, wenigstens soweit die Erzeugung der im eigenen Lande gedeihenden Bodenerzeugnisse in Frage steht. Hat man bei uns schon vor dem Kriege vielfach das Wort Agrarpolitik im Munde geführt, so wird man nach dem Kriege verstärkt solche Politik im Sinne der Förderung und Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft — und vornehmlich auch des Gartenbaues als Nutzgartenbau — betreiben, und zwar mit Billigung des überwiegenden Teiles unserer Volksgenossen, vor denen die Schutzzollpolitik agrarischer Richtung unserer Regierung gerechtfertigt dasteht.

Während wir nun die einmal eingeschlagene Zollpolitik nur verstärkt weiter zu führen brauchen, muß England eine vollständig andere Richtung einschlagen. Aber auch dort wird der Krieg nur eine bereits lange vor ihm eingesetzte Entwicklung zu einer mehr landwirtschaftlichen Richtung in der Politik vollenden. Auch in England hat bereits seit Jahren ein heftiger Kampf zur Einführung landwirtschaftlicher Zölle seitens der Regierung gegen die Volksvertretung eingesetzt. Die englische Regierung war nicht so kurzichtig, um nicht zu erkennen, daß es im Falle des von ihr geplanten Zusammenstoßes mit Deutschland zu Ernährungsnot kommen könnte. Solche Schwierigkeiten waren durchaus möglich auch ohne unseren U-Boot-Krieg. Aber der Krämergeist und die Selbstüberhebung des englischen Volkes waren zu groß, um derartige Schwierigkeiten, wie sie jetzt in der Tat in ernstem Umfange bestehen, angesichts ihrer überragenden Kriegs- und Handelsflotte möglich zu halten, und selbst die Vertretung des englischen Großgrundbesitzes, das Oberhaus, begeisterte sich nicht für die angebotene Unterstützung der Landwirtschaft,

weil eben der Großgrundbesitzer in England in erster Linie Kaufmann und Händler, dann erst Landwirt ist.

Die Kämpfe um den Bruch mit dem Freihandel werden in England schwer sein; so schwer, daß das wirtschaftliche Leben und die politischen Leidenschaften des englischen Volkes bis ins Innerste davon erfaßt werden. Aber an Agrarschutzzöllen wird auch England nicht vorbei können, soll nicht der Bestand des Staates in einem möglichen späteren Kriege in die Brüche gehen. Den Beweis dafür haben wir in den Mindestpreisen für die Landwirtschaft, von denen eingangs die Rede war. Sie erhöhen gleich Schutzzöllen die Erzeugergewinne und ersparen der Regierung während des Krieges die gefährliche Streitfrage: Schutzzoll oder Freihandel? als Zankapfel in das Volk zu werfen.

Im Sinne dieser Ausführungen werden alle Staaten, die nicht vorwiegend Agrarstaaten sind, nach dem Kriege ihre landwirtschaftliche, auf den Nutzgartenbau gerichtete und forstökonomische Erzeugung in sehr verstärktem Maße durch Schutzzölle abschließen, und daraus ergeben sich natürlich für die heimische Wirtschaft, für uns Gärtner vornehmlich für den Gartenbau, wichtige und nachhaltige wirtschaftliche Wirkungen. Der Friedensschluß wird nicht nur die Regelung der vielfachen Grenz-, Finanz- und Kolonialfragen, sondern vornehmlich auch neue volkswirtschaftliche Vereinbarungen im Gefolge haben. Der Krieg hat alle Handelsverträge über den Haufen geworfen, und selbst wenn dieses nicht der Fall wäre, so sind doch diese durch Ablauf ihrer seinerzeit vereinbarten Gültigkeit an sich unwirksam geworden oder werden es bis zum Schluß dieses Jahres.

Es mag sein, daß es von gegnerischer Seite nicht an Versuchen fehlen wird, an die Stelle des verlorenen Krieges mit den Waffen den wirtschaftlichen Kampf gegen unser Vaterland zu setzen. Ein Erfolg wird ihnen auch hier nicht beschieden sein; denn bei der unlösbar innigen Verschlingung der wirtschaftlichen Fäden, der Verknotung derselben in Brennpunkten gemeinsamer unaufgebarter Interessen, richtet sich ein solcher Kampf letzten Endes gegen ihre Anstifter selbst. So wird man sich denn auf allen Seiten — freundlicher, neutraler wie feindlicher — gezwungen sehen, zum eigenen Besten neue Handelsbeziehungen und Verträge einzugehen sowie alte zu erneuern. Wenn der Zeitpunkt gekommen sein wird, und hoffen wir, daß er nicht allzu fern ist, wo solche Arbeiten auch an die Gärtner herantreten, ist es oberstes Gebot, mit sich und dem ganzen Stande darüber einig zu sein, was sie im Interesse des Gartenbaues der Regierung gegenüber zu fordern haben, die beim Friedensschluß der Sachwalter ihrer Interessen ist und zu sein die Pflicht hat. Was vor dem Kriege hinsichtlich der zu fordernden Zollsätze beschlossen worden ist, hat jetzt zum großen Teil keine Gültigkeit mehr. Man denke auch daran, daß die Erzeugung nach dem Kriege auch auf dem Gebiete des Gartenbaues dauernd gegenüber früher verteuert bleiben wird, und daß sich daraus das schon vordem bestehende Verhältnis zwischen hoher Inlandserzeugung und billiger Auslandszufuhr weiterhin steigend ungünstig gestalten wird. Man vergesse auch nicht, daß in Zukunft das Wohlergehen und das auskömmliche Sein unseres Berufes als Gärtner in viel höherem Maße abhängt vom Nutzgartenbau als vor dem Kriege. Der sogenannte Luxusgartenbau wird unter den schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen nach dem Kriege weniger Verdienst-, der Nutzgartenbau, und zwar vornehmlich die Gemüse- und Treiberei, mehr Verdienstmöglichkeiten gewähren. Daß der zuleistenden gewaltigen gärtnerischen Arbeitsmenge dann auch ein entsprechender auskömmlicher Verdienst gegenübersteht, das zu bewirken ist das Gebot der Stunde, die uns den von Millionen ersehnten Frieden beschert!

□ □ □